

Dörentrupe kündigen Prozesse an

Der offene Brief, in dem Bürgermeister Dröge und Stadtdirektor Hendrix die Kreistagsabgeordnete Frau Baranek (und den Kreistag Lippe) auffordern, „im Sinne der Bürger Ihrer Stadt Bad Salzuflen“ sich für die Deponie Dörentrup einzusetzen und sich „nicht vorrangig an den Interessen der Dörentrupe (zu orientieren)“, ist in Teilen sachlich falsch und irreführend:

Es trifft zu, daß im Landesabfallbeseitigungsplan, im Gebietsentwicklungsplan und im Flächennutzungsplan der Gemeinde ein Teil der Dörentrupe Sandgrube als Deponiefläche ausgewiesen ist. Tatsache

ist aber ebenso, daß in allen o. g. Plänen nur der West- und Mittelteil, nicht der bewaldete Ostteil ausgewiesen ist, der als Abschirmung der Deponie gegen die angrenzenden Wohngebiete dienen soll. Die ABG überplant jedoch nicht den dafür vorgesehenen Teil der Sandgrube, sondern ausgerechnet den nicht ausgewiesenen Ostteil, an den unmittelbar ausgedehnte Wohngebiete grenzen.

Im Vertrauen auf seine Macht hielt der Aufsichtsrat es nicht für nötig, sich vor der Planung mit der Gemeinde Dörentrup in Verbindung zu setzen oder einen Blick auf das Kar-

tenmaterial zu werfen, das dem Abfallbeseitigungsplan des Landes und dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Dörentrup beiliegt. In öffentlicher Kreistagsitzung erklärte der Geschäftsführer der ABG, Hans Grote: „Den Flächennutzungsplan der Gemeinde Dörentrup haben wir nicht eingesehen.“ Aus der vom Aufsichtsrat der ABG gebildeten Planungsgruppe Dörentrup wurde der Vertreter Dörentrups bewußt ausgeschlossen, seine Alternativvorschläge im Aufsichtsrat wurden abgeblockt. Der Aufsichtsrat der ABG setzte nur auf eine Karte: Wenn dies Spiel der Herren Stadtdirektoren Hendrix (Bad Salzuflen), Pilgrim (Blomberg), Helbig (Extertal), der Herren Beigeordneten Faßhauer (Lemgo), Weihe (Lage) und nicht zuletzt der Herren Bürgermeister Niebuhr (Lage) und Wilmbuse (Lemgo) jetzt schwierig wird, sind natürlich die Dörentrupe schuld. Im Vertrauen auf ihre Macht haben diese Herren des Aufsichtsrates der ABG mehr beansprucht, als ihnen zusteht. Sie sind verantwortlich, wenn die Müllbeseitigung auf Schwierigkeiten stößt, weil die Gemeinde Dörentrup ihr Recht vor den Verwaltungsgerichten suchen muß, wenn über 700 Dörentrupe Einspruch erheben müssen, um ihre Rechte zu wahren.

Die genannten Herren tragen auch die Verantwortung für die weitere Entwicklung, denn die Gemeinde Dörentrup und die Bürgerinitiative „Kein Müll nach Dörentrup“ sind kompromißbereit. Wenn dagegen die Mehrheit des Aufsichtsrates der ABG auf der vorliegenden Planung beharrt, nach der 1200 Dörentrupe in Zukunft in einem 500-m-Kreis um den Müll leben müssen; wenn auch der Kreistag Lippe den Aufsichtsrat zu keiner besseren Einsicht zwingt, dann werden Prozesse bis zur letzten Instanz geführt werden müssen.

Gerhard Hausmann, Dörentrup
Vertreter der Gemeinde Dörentrup in der ABG
Mitglied des Kreistags Lippe

Arbeitslosigkeit abbauen

Das, was zur Zeit im Bonner Kabinett im Rahmen des Haushaltsplanes 82 diskutiert und wahrscheinlich realisiert wird, muß die Kritik der Arbeitnehmerschaft heraufbeschwören. Während der zwölfjährigen Amtszeit der sozial-liberalen Koalition ist viel für die Arbeitnehmer in Hinsicht auf die soziale Sicherheit des einzelnen und seiner Familie geschehen. Das muß anerkannt werden. Was aber jetzt in der Diskussion ist, angefangen von der Streichung der Mittel zur beruflichen Rehabilitation und Umschulung, die Verteuerung der Rezeptgebühr auf 4,- DM, bis hin zur Kürzung des Kindergeldes, ist soziale Demontage beim „kleinen Mann“. Die FDP als sogenannte „Liberale“ entpuppt sich in der Regierung immer mehr als der Anwalt des „großen Geldes“. Mit Erfolg setzen sie sich einer Sparpolitik der sozialen Ausgewogenheit zur Wehr. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit verhindern diese Liberalen ein beschäftigungspolitisches Programm und verwerfen die

in Vorschlag gebrachte Ergänzungsabgabe, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Ein beschäftigungspolitisches Programm und die Arbeitsmarktverbesserung, die auch von Beamten, Freiberuflern und Großverdienern aufgebracht werden sollte, hätte wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung angekurbt. Der Staat hätte weniger Ausgaben für die Zahlung der Arbeitslosigkeit und mehr Einnahmen aus zusätzlichen Einkommen. Ein solcher Betrag zur Konsolidierung der Beschäftigung ist zugleich der beste zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Durch die jetzt eingeleitete Politik wird kein Arbeitsplatz geschaffen, sondern die auf Staatswege verordnete Einkommensschmälerung bei denen, die von 1500,- DM netto und weniger im Monat leben müssen, vergiftet das soziale Klima in der Bundesrepublik. Genscher und Lambsdorff in Bonn sind zur Zeit dabei, die Politik, die sie seit zwölf Jahren voll getragen haben, zu Lasten der „kleinen Leute“, zugunsten des „großen Geldes“, abzubauen. Das ist ein sozialer Skandal!

Karl Dudzek
Im Teiche 9, Detmold

Einkaufsstadt Lemgo: „Vorsicht, Falle!“

Ich kam am Mittwochnachmittag aus dem Wald und wollte mir die am letzten Sonntag mit einem Riesenaufwand an Publikum und Prominenz ihrer Bestimmung übergebene Breite Straße ansehen. Als Parkmöglichkeit bot sich der Parkplatz zwischen Leopold- und Echterstraße an. Die vielen freien Abstellplätze hätten mich warnen sollen; sie riefen bei mir zunächst nur Verwunderung hervor.

Vorschriftsmäßig, wie ich glaubte, legte ich eine Parkscheibe auf das Armaturenbrett. Beim Weggehen überzeugte ich mich davon, daß meine Mitparkter ebenso gehandelt hatten. Im Café fiel mir siedendheiß ein, in der LZ von einem auf zwei Lemgoer Parkplätzen installierten Automaten gelesen zu haben.

Meine Befürchtungen waren nicht unbegründet. Als ich eilenden Schrittes auf dem Parkplatz eintraf, schrieb eine Politesse seelenruhig Strafmandate. Ich fragte: „Wo steht der Automat?“ Über die Schulter wies die Politesse zur Parkplatzzmitte: „Dort hinten, Sie können ihn nur nicht sehen, weil ein Bulli davor-

steht.“

Ich schlage vor, die Politesse von allen anderen Aufgaben zu befreien und nur noch auf dem Parkplatz zwischen Leopold- und Echterstraße einzusetzen. Ob sich die Stadt Lemgo allerdings mit solchen Geldentreibungsmethoden einen Namen als Einkaufsstadt macht, steht auf einem anderen Blatt. Ich kenne keine andere Stadt, die ihre Gäste derart aufs Glatteis führt. Ob in Schweden oder Frankreich – überall weisen Schilder an den Parkplatzzufahrten unmißverständlich auf diese Regelung der Parkplatzbenutzung hin. Das angebrachte Schild „Parken nur mit Parkschein“ läßt jeden (gewollten?) Irrtum zu.

Die Kaufmannschaft von Lemgo sollte ihren ganzen Einfluß geltend machen, um eine vernünftige Beschilderung zu erreichen. Das von der LZ beklagte Beispiel „Ratskeller“ weist die Richtung, wohin das durch nichts begründete behördlich verordnete Herumspringen mit Gästen der Stadt führt.

Walter Mücke
Hörstmar, Berliner Straße 12

Realität und Optimismus

In allen Medien kann man es feststellen – und auch in den Leserbriefen kommt es zum Ausdruck –, wie verschiedene Realitäten gesehen werden, daß es leichtfertigen Optimismus gibt, aber auch begründeten, denkt man an die mutigen Taten vieler Menschen und an die Verheißungen für die Menschheit, von denen gläubige Menschen ihre Kraft beziehen. Tatsache: Der Mensch verdrängt alles Unangenehme nur zu gern; unbestritten: Gefahr ist nur zu wenden, wenn man sich ihr ganz stellt! Es wäre gut, wenn recht viele Menschen es begreifen könnten, wie zeitnotwendig Mut zur Realität und zum Optimismus ist. Eindringlich hilfreich erscheint mir dazu ein Zitat von Albert Schweitzer: „Als einer, der versucht hat, in seinem Denken und Empfinden jugendlich zu bleiben, habe ich mit den Tatsachen und der Erfahrung um den Glauben an das Gute gerungen. In dieser Zeit, wo Gewalttätigkeit, in Lüge verkleidet, so unheimlich wie noch nie auf dem Thron der Welt thront, bleibe ich dennoch überzeugt, daß Wahrheit, Liebe, Friedfertigkeit, Sanftmut und Güteigkeit die Gewalt sind, die über alle Gewalt ist.“

Die Realität der Situation unseres Volkes ist bitter. Eine totale Illusion zu meinen, die bedeutenden westlichen Staaten hätten ein Interesse an einer Wiedervereinigung. Wie unehrlich ist da meist die Politik! Man tut insgeheim das Gegenteil von dem, was man sagt. Tatsache: Man fürchtet ein einiges, starkes Deutschland, Österreich, die Schweiz – sie können nicht gefährlich werden.

Wenn es um unser Überleben geht in Verantwortung für die folgenden Generationen, ist es dann nicht verpflichtende Notwendigkeit, daß beide deutsche Staaten Wege suchen, von ihren Gebundenheiten nach Ost und West frei zu werden? Sicher mag ein zwingender Druck für Politiker auf beiden Seiten tragisch sein. Darum eben kann es keinen Zweifel geben, daß dem Volk, jedem einzelnen, große Mitverantwortung zufällt.

Aber nicht nur die Probleme unseres Volkes fordern uns; auch vor der vielfältigen Not in der ganzen Welt dürfen wir nicht egoistisch die Augen verschließen. Wer da fragt: Was

kann ich denn schon tun?! – bedenke: Wo soll es denn anfangen als bei sich selbst, im kleinsten Umkreis, soweit die Möglichkeiten reichen. Das ist sehr viel, wenn es viele tun, und nichts kann anders werden, wenn jeder sagt: ohne mich! Unbestreitbare Realität: Es geht um den Bestand unseres schönen „blauen Planeten Erde“, unbestreitbar auch, daß niemand mehr einen Krieg gewinnen kann! Überlebende dürften nicht zu beneiden sein, eher die Toten. – Wie kann man da noch gleichgültig sein?

Fatalismus und blinder Fanatismus sind die Wegbereiter für unvermeidlichen Kollisionskurs der Weltmächte und den Selbstmord der Menschheit. Löhnten da nicht Gruppen-Experimente, auch im kleinsten Kreise, um sich darin zu üben, aufrichtig, ehrlich, in Achtung voreinander, auch bei gegenteiligen Meinungen, miteinander zu reden? Ja, auch konstruktiv miteinander zu streiten? Auch in jeder Partnerschaft, in kleinster Gemeinschaft ist das so dringend erforderlich, wenn es nicht so weitergehen soll: keine Zeit, keine Zeit – und die zwischenmenschliche Kälte schlimmer sein kann als jede äußere? Dabei sehnen wir uns doch alle nach Verstehen, nach Wärme, nach Geborgenheit! Wir wissen, was es in der Politik bedeutet, wenn man nicht mehr miteinander redet, nachdem man so viel, heuchlerisch oft, aneinander vorbeigeredet hat!

Wie es in der Frankfurter Paulskirche bei der Verleihung des Friedenspreises des Börsenvereins des deutschen Buchhandels gesagt wurde: Friedensstifter – natürlich in allen Bereichen – haben wir so dringend nötig! Für dieses Ziel brauchen wir: unbedingte Aufrichtigkeit und das Bemühen um eine zeitgemäß zu definierende Toleranz, die Achtung vor der Würde jedes Menschen. Worte und Begriffe sind vieldeutig; Grund genug, über sie nachzudenken und sich über sie auszutauschen! Auch über die Aussage: „Mut zur Realität – Mut zu Optimismus!“

Elly Begerow
Schulstraße 1
Schieder-Schwalenberg 1



Möllemann äußert sich auch zum Übungsplatz Stapel

Detmold. Der außen- und sicherheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Jürgen Möllemann, wird am Donnerstag, 5. November, um 20 Uhr im kleinen Festsaal der Stadthalle Detmold in einer öffentlichen Veranstaltung des FDP-Stadtverbandes zum Thema „Die außen- und verteidigungspolitische Lage der Bundesrepublik“ referieren. Möllemann, der Mitglied des auswärtigen Ausschusses sowie Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages ist, steht im Anschluß zu einer Diskussion zur Verfügung. Man erwartet, daß MdB Möllemann in diesem Zusammenhang auch zur Problematik der Erweiterung des Truppenübungsplatzes Stapel Stellung nimmt.

Billigstes Haus der Jugend in den Mauern der Stadt

SPD-Fraktion begründete Renovierungszuschuß für „Pauline“

Detmold. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Detmold hat sich einstimmig für die Renovierung der Heizungsanlage in der alten Paulinenschule sowie für die Übernahme der Heizkosten für ein Jahr ausgesprochen. Ebenso hat sie im Fachausschuß gegen die drastische Kürzung der Zuweisungen an den Stadtjugendring votiert.

Zum Verständnis der Ansicht der SPD-Fraktion gibt sie folgende Erklärung. Die KID existiert in Detmold schon seit mehreren Jahren. Auf Grund ihrer kulturellen Darstellung in der Öffentlichkeit durch zahlreiche Veranstaltungen hat der Kulturausschuß der Stadt Detmold sie als kulturfördernden Verein anerkannt. Sie erhält somit den Zuschuß, den andere Kulturvereine auch bekommen.

Amerikanisches Trio in Detmolder Akademie

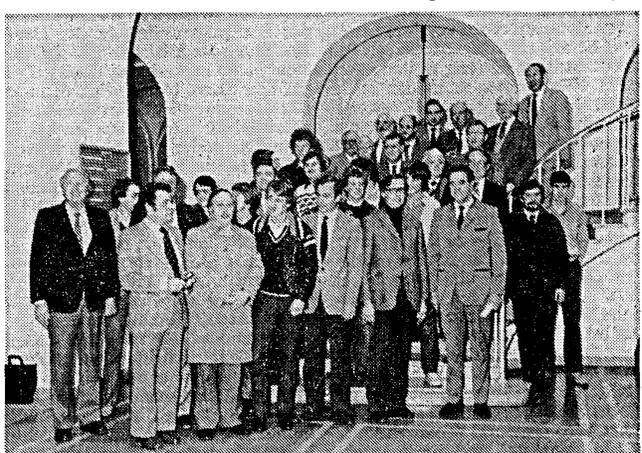
Detmold. Am Sonntag, 1. November (11.15 Uhr Neue Aula), ist in einem Sonderkonzert „The Verdehrtrio“ zu hören, eine junge amerikanische Vereinigung von Violine (Walter Verdehr), Klarinette (Elsa Ludewig-Verdehr) und Klavier (Gary Kirkpatrick). Dieses Ensemble hat große Erfolge in Amerika und auch in Europa (Österreich, Italien) aufzuweisen; hierzulande ist es noch ziemlich unbekannt.

Herbstkonferenz in der Immanuelkirche

Detmold. Zu ihrer Herbstkonferenz am Sonntag, dem 1. November, 17 Uhr lädt die Lippische Evangelische Allianz in die Immanuelkirche, Mühlenstraße, ein. Gastgeber ist die ev.-methodistische Kirchengemeinde. Sie erwartet eine große Zahl evangelischer Christen aus Landes- und Freikirchen, die sich zur Lippischen Allianz zusammengeschlossen haben und damit bekennen, daß die Gemeinde Jesu Christi eine Kirchen- und Konfessionsgrenzen überschreitende Wirklichkeit ist. Seit Jahren stellt sich die Allianzgemeinde in ihren Frühjahrs- und Herbstkonferenzen den aktuellen Herausforderungen des christlichen Lebens. Für das Thema „Spannungen und Konflikte in Ehe und Familie“ konnte jetzt der mennonitische Pastor Dr. J. Toews, Neuwied, gewonnen werden.

Treffen des Kulturwerks Südtirol

Detmold. Die Mitglieder des Kulturwerks Südtirol treffen sich am Mittwoch, 4. November, um 15.30 Uhr im Café des Hotels „Rudolph“, Friedrichshöhe. Es werden Bilder von der Südtirolfahrt gezeigt.



Kreis Lippe/Augustdorf. Das Erinnerungsfoto entstand in der Eingangshalle des Verwaltungsgebäudes im Landeshaus in Münster. Rechts vorne stell. Landrat Heinrich Wiekling, links von ihm Landesrat August und Baudirektor Borchart. Ganz links der Gastgeber H. G. Lehmann.

Kulturinitiative Detmold betont ausdrücklich:

„Pauline“ steht Bürgern jeden Alters offen

Renovierungsarbeiten im „Kulturzentrum“ haben begonnen

Detmold. Ein Haus der Jugend, ein Kultur- und Kommunikationszentrum für jung und alt – um dieses Thema war es in der Residenzstadt seit der dramatischen Beendigung der Besetzung des Klingenberggebäudes im Januar dieses Jahres recht still geworden. Damals wurde das von den Besetzern als Kommunikationszentrum hergerichtete Fabrikgebäude abgerissen. Doch die Verhandlungen mit der Stadt, ein anderes Gebäude zur Errichtung eines Kultur- und Kommunikationszentrums zu bekommen, in dem Treffs verschiedener Organisationen und Veranstaltungen durchgeführt werden könnten, waren damit nicht abgebrochen. Es galt immer noch die in Detmold vorhandene Lücke zu schließen.

Im März dieses Jahres wurde die Kulturinitiative Detmold, kurz KID, von allen an einem solchen Zentrum interessierten Organisationen, Vereinen und Einzelpersonen zum verhandlungsbevollmächtigten Interessenvertreter von der Stadt bestimmt. Nach langen Verhandlungen wies die Stadt diversen Vereinen das alte Schulgebäude am Wall zu; die KID erhielt im Zuge dieser Zuweisungen Anfang September die „Alte Pauline“ an der Bielefelder Straße. Auf der jüngsten Hauptausschusssitzung konnte mit Mehrheit erreicht werden: Für die Dauer eines Jahres trägt die Stadt die anfallenden Heiz- und Stromkosten, auch die Dampfheizung wird instand gesetzt. Eine großzügige, aber ebenso notwendige Geste. Denn die Räume in der Pauline sollen außer der KID noch zahlreichen anderen Organisationen zur Verfügung stehen. Aber keine dieser Gruppen, sei es nun eine der Frauen-

bewegungen, die Vereinigung deutscher Kriegsdienstverweigerer, die El-Salvador-AG oder die Arbeitslosenselbsthilfe, muß und kann an die KID Kosten für die Raumbenutzung entrichten. Die KID betrachtet die Übernahme der laufenden Kosten also nicht als Bevorzugung, sondern als Gleichstellung mit den anderen Vereinen. „Den Sportvereinen wird ja schließlich auch die Turnhalle geheizt“, so ein Anwesender auf der jüngsten Hausversammlung, die jeden Dienstagabend stattfindet und auf der Entscheidungen von allen Interessierten gemeinsam getroffen werden.

Jetzt werden in Eigenarbeit die einzelnen Räume renoviert. Alle Möbel und Teppiche finden einen dankbaren Abnehmer und sollen für Gemütlichkeit sorgen. Schon am 6. November tritt ein Polit-Rock-Kabarett auf. In Zukunft sollen dann Filme gezeigt, Diskussionsabende veranstaltet und politische Treffs abgehalten werden.

Besonders begrüßt werden die Bemühungen des Seniorenbeirates, der einen Büroraum in der Pauline einrichten möchte, um so mit jungen Menschen Kontakte knüpfen zu können. Denn, das betonte die Hausversammlung ganz energisch, für Menschen jeden Alters, und nicht nur für junge Erwachsene, steht die Nutzung der Räumlichkeiten offen. Auch ältere Mitbürger sind herzlich eingeladen, das Kommunikationszentrum zu besuchen, Bekanntschaften zu knüpfen oder sogar aktiv mit der Kulturinitiative zusammenzuarbeiten.

Vortrag am Reformationsstag

Detmold. Der Tag der Wittenberger 95 Thesen Dr. Martin Luthers aus dem Jahre 1517 wird seit mehreren Jahren von den drei evangelischen Gemeinden in Detmold-Innenstadt als ein Tag der Besinnung gemeinsam gestaltet. Was diese Leitsätze in ihrer Zeit bedeuteten, mag gut mit dem zu vergleichen sein, was heute die Neubesinnung über den Frieden an Überlegungen mit sich bringt. Dem will am 31. Oktober Professor Dr. Wilhelm H. Neuser aus Münster nachgehen, wenn er um 17 Uhr in der Erlöserkirche einen Vortrag hält über: „Selig sind die Friedensstifter“. Die Stellung der Reformatoren zur Bergpredigt. Die Gedenkfeier beginnt um 17 Uhr.

Auffahrunfall

Detmold. Zu einem Auffahrunfall kam es an der Einmündung Barntrupe Straße/Siegfriedstraße, weil ein Pkw-Fahrer zwei vor ihm verkehrsbedingt wartende Pkw zu spät bemerkte. Es entstand Sachschaden von 5000 Mark.

Über den Straßenbau im Kreis Lippe informiert

Kommunalpolitiker der CDU zu Gast im Landeshaus in Münster
Kreis Lippe/Augustdorf. Unter Leitung des stellvertretenden Landrats Heinrich Wiekling, Kreis Lippe, informierten sich Kreistagsabgeordnete und sachkundige Bürger der CDU-Kreistagsfraktion, Mitglieder der CDU-Ratsfraktion Augustdorf und Angehörige der Jungen Union Augustdorf in Münster beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Mit von der Partie waren auch der stellv. Bürgermeister Wolfgang Böger und Gemeindevizeiter Adolf Steffen.

Die Exkursion nach Münster stand unter dem Thema „Die Aufgaben des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und der Straßenbau in Lippe“. Nach Begrüßung durch den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, H. G. Lehmann, der die Organisation besorgte, folgten Vorträge der Straßenbauexper-

ten des Landschaftsverbandes sowie Fachvorträge der Fachleute für EDV-Einsatz und Vermessungswesen. Landesrat August und der Ltd. Baudirektor Borchart konnten in bestechender Weise die Besucher in das Straßenbaukonzept für Lippe einweisen. In einer längeren Diskussion wurden die Fragen der Teilnehmer hervorragend beantwortet.

Mit einigem Erstaunen hörten die Gäste, daß der Zeitplan für Planung und Bau einer neuen Bundesfernstraße zehn Jahre vorsieht und Kosten für den Bau von einem Kilometer Autobahn zwischen sieben und zehn Millionen DM erfordern. Natürlich wurde auch der Bedarfsplan, soweit er Lippe betrifft, besprochen und Haushaltsansätze vorgetragen, die den Betrachter aus Lippe nachdenklich stimmten.

Praktische Einweisung in das moderne Straßenvermessungswesen mit Hilfe der Luftbildtechnik und die Computerzeichnungen für Teile von Straßentrassen waren Mittelpunkt des praktischen Teils dieses Besuchsprogramms.

Drei Feldweid-Dienstgrade der Stabskompanie der Panzerbrigade 21, die im Sinne der Partnerschaft Reiseteilnehmer waren, rundeten die Reisegruppe ab. Eine Diskussionsrunde in der Altstadt von Münster war der Abschluß einer gelungenen Veranstaltung.

Senioren-Seminare

Ich war hochofret und erstaunt, was das von der Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ veranstaltete Senioren-Seminar „Frieden durch Abrüstung“ alles zu bieten hatte. Der Landesjugendsekretär des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, Klaus-Peter Hennig, referierte vor etwa 45 interessierten Senioren, die sich lebhaft an der Diskussion beteiligten. Die Teilnehmer erhielten einen tiefen Einblick in die Zusammenhänge der deutschen Geschichte. Besonders interessant war aber für mich, gewisse Parallelen von damals und heute zu untersuchen. 1933 gab es sieben Millionen Arbeitslose, Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit für viele. In dieser Situation kam der „Führer“, der allen Arbeit versprach, und heute haben wir auch schon wieder eine Massenarbeitslosigkeit, allein 1,3 Millionen registrierte Arbeitslose. Hinzu kommen rechtsextremistische Terroranschläge. Wir Alten fragen uns, wie es diesmal sein wird, ob es wieder Kreise gibt, die mit Arbeitslosen Politik zu machen gedenken.

Die Vertreter unserer Handwerkskammern, die die kleinen und mittleren Betriebe vertreten, wären gut beraten, wenn sie die industriellen Arbeitgeberverbände nicht als Vorbild annehmen, sondern in der Gewerkschaft ihren natürlichen Verbündeten sehen würden, um gemeinsam nicht nur Handbücher über Marketing und Finanzierung, sondern über gemeinsame Verhinderung der Arbeitslosigkeit und Beschaffung von Arbeitsplätzen herauszubringen.

Harm Garen
Blomberg-Brüntrup
Alter Postweg 7

Steigende Arbeitslosigkeit

Fünf Weise, d. h. fünf wirtschaftswissenschaftliche Institute, finden nicht die Ursache der allmählichen Verelendung durch steigende Arbeitslosigkeit. Der gute Alte Fritz hätte sie fristlos entlassen und viel Geld gespart. Wilde Produktion und wildwuchernder Konsum können den natürlichen Bedarf nicht befriedigen. Trotz alledem gehen Milliarden als Entwicklungshilfe-Geschäfte in die „unterentwickelten Länder“, die damit geradezu ungeheuerlich verschuldet werden. Arbeitsplätze im Lande sterben immer mehr – dafür wird Arbeit ausgeführt bei billigen Lohnsklaven in sozialistischen und anderen Ländern.

Warum zwingt man das Geld nicht in die Wirtschaft durch Besteuerung hoher Gewinne der Milliardäre? Von deren Gewinnen und Zinsen schaffen sie neue Abhängige und die Hochfinanz scheffelt weiter Zinsen – bis zu 30%. Die eigene Bundesbank kann „unerwartet“ mal eben zehn Milliarden Gewinne (d. h. Zinsgewinne) aus dem Boden stampfen und dem „Staat“ borgen (zinslos doch wohl kaum). Die Renditen steigen auf 8 bis 10% – Geld ohne Arbeit. Es wuchert so lange, bis der Schafende erdrückt ist. Das Zinsniveau verhindert Vollbeschäftigung. Herr Vetter und Herr Loderer müßten das eigentlich wissen, wenn sie glauben, durch Lohnhöhungen ausgleichen zu können. Teure Ware kann nicht exportiert werden und im Inland spart man daher.

Wolfgang Hannemann
Wilhelm-Raabe-Str. 14
Bad Salzuflen